

Vortrag von Themis Kotsifakis, OLME, Griechenland
Solidaritätsveranstaltungen in Deutschland
(17. – 19.4.12)

Es ist für uns sehr wichtig, dass ich heute bei Euch bin, um Euch über die Angst und die Kämpfe der Lehrer in Griechenland zu berichten. Deswegen bedanken wir uns bei der GEW und beim DGB für die Organisation dieser Veranstaltungen.

Die Regierungen in Griechenland opfern die soziale Mehrheit, deren Bedürfnisse und Rechte, um die Krise zu Lasten der Arbeitnehmer zu bewältigen. Die Staatsverschuldung, Folge der wucherischen Anleihen und der Verflechtung zwischen politischer Szene und großen Interessen, wird als Vorwand zur Sicherung derjenigen Interessen benutzt, die die Politik der griechischen Regierung, der EU und des IWF diktieren.

Die Maßnahmen, die den Arbeitnehmern auferlegt werden, sind tragisch. Tragisch sind auch deren Auswirkungen auf unser Leben:

- Laufende Lohnkürzungen im öffentlichen Bereich bis zu 55%
- Laufende Rentenkürzungen für alle Arbeitnehmer, Anhebung des Renteneintrittsalters, Auflösung unserer Versicherungskassen.
- Tragische Kürzungen der sozialen Ausgaben, (Bildung, Gesundheit, Sozialversicherung). Privatisierung von öffentlichen Institutionen. Ausverkauf des öffentlichen Vermögens und Bodens an Privatiers.
- Tarifverhandlungen werden außer Kraft gesetzt.
- Laufend neue Steuermaßnahmen, hauptsächlich zu Lasten der Mehrheit des Volkes, während die Steuerflucht hauptsächlich der großen Unternehmen und denen die im Land das Kapital besitzen nicht angetastet wird.
- Mit dem neuen Memorandum werden neue zusätzliche Kürzungen auferlegt und alle Mindestlöhne bis zu 32% gekürzt.

Damit diese Maßnahmen akzeptiert werden hat die Regierung und die ihr zugeneigten Medien eine riesige Propaganda voller Lügen gestartet, um die Ursachen der Krise den Arbeitnehmern anzulasten und nicht der Politik, die die Regierungen und EU in den letzten Jahrzehnten in unserem Land durchgeführt haben.

Sie versuchen die Folgen einer Politik mit Skandalen, Korruption, Gunsterweisungen an das große Kapital und schlechter Verwaltung im öffentlichen Bereich durch die jeweils Regierenden, dem ganzen Volk anzulasten.

Sie versuchen die Zahl der Beamten übermäßig zu vergrößern und die Beamten als die Höchstverdienenden darzustellen.

Und während alle diese Maßnahmen im Namen der Minderung der Staatsschuld getroffen werden, erweist sich, dass diese Politik verlogen ist und zu einer Sackgasse führt, weil die öffentliche Verschuldung durch diese Maßnahmen nicht reduziert, sondern erhöht wird.

Die offizielle Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt und ist auf über 20% gestiegen. Bei der Jugend erreicht sie 50%, mit steigender Tendenz.

Die Arbeitnehmer schränken sogar ihre Grundbedürfnisse ein, damit sie überleben können. Die Armut und die Verelendung erreichen immer mehr Schichten der Bevölkerung. In den Schulen gibt es bereits das Phänomen von hungernden Kindern. Die Selbstmordrate von Menschen, die durch diese Politik finanziell ruiniert werden, steigt immer höher.

Das griechische Bildungswesen ist praktisch wie auch formell unter die Vormundschaft der Troika gestellt. Die Entscheidungen für die Bildung werden in allen Stufen streng nach logistischen Kriterien getroffen. Das erklärte Ziel ist die „billige Schule“. Die neue Schule, die sich den Kriterien „des Marktes“ unterwerfen soll.

Als Ergebnis dieser Politik im Bereich der Bildung:

- Es sind 1.056 Schulen geschlossen worden.
- Es werden wichtige unterstützende Strukturen (Bibliotheken, Beratungsstellen, Förderunterricht etc.) abgeschafft.
- Die Zahl der Lehrer ist um 20% gekürzt worden.
- Die Lehrer werden mit Versetzungen im ganzen Land und mit Entlassungen bedroht.
- Die Löhne der Lehrer sind bis zu 40% gekürzt und die Lohnentwicklung ist an Leistung und Bewertung gekoppelt worden.
- Die Altersgrenze ist angehoben und die Pensionen der Lehrer sind gekürzt worden.

Die Ausgaben für das öffentliche Bildungswesen werden immer weiter gekürzt und werden im Jahre 2015 nur 2,23% des BIP betragen.

Tarifverhandlungen und Tarifverträge

In der privaten Wirtschaft sind Kürzungen am Mindestlohn gemäß dem nationalen Tarifvertrag durchgeführt worden. In der Sache sind die Tarifverhandlungen abgeschafft. Der Mindestlohn ist per Gesetz um 22% gekürzt worden und wird in der bei der Kürzung festgelegten Höhe bis Ende 2015 eingefroren.

- Eine zusätzliche Kürzung um 10% trifft junge Leute (bis 25 Jahre)

Es ist mathematisch sicher, dass den Zusammenbruch des Mindestlohns, die Zusammenbrüche aller Tarifbranchenverträge und insgesamt aller Löhne in der privaten Wirtschaft folgen werden. Die Kürzung des Mindestlohns wird mit sich alle Löhne nach unten ziehen.

- In der privaten Wirtschaft gibt es keine Tarifverträge und Tarifverhandlungen. Konkret sind sie für Lohnangelegenheiten per Gesetz verboten worden. Aber auch bei Arbeitsthemen, bei denen Verhandlungen vorgesehen werden, wird durch die Regierungen das entsprechende Gesetz nicht angewandt.

MASSNAHMEN.. UND AUTORITÄRES VERHALTEN DEMOKRATIE IN DER KRISE..

Ihr könnt Euch nicht vorstellen, was es bedeutet in den letzten drei Jahren in Griechenland zu leben. Nicht, dass Griechenland das einzige Land in Europa ist, das unter der Krise leidet. Ihre einzige

Besonderheit ist, dass es das erste Land ist, das ausgesucht wurde, damit an Griechenland zuerst das finanzielle Experiment durchgeführt wird, das bald alle europäischen Völker spüren werden.

Die Demokratie befindet sich in Griechenland in einer Krise. Im Parlament werden die Verträge, die Memoranden, und die Gesetze deren Anwendung in wenigen Stunden von der Regierungsmehrheit angenommen. Ohne substanziellen Dialog, während die Bevölkerung auf die Straßen geht, um zu protestieren und Kundgebungen abzuhalten.

Das Volk fühlt sich ungerecht behandelt auch durch die Tatsache, dass die Kürzungen horizontal durchgeführt werden, ohne dass die schwachen sozialen Schichten geschützt werden. Das Volk hat Zorn und Angst. Denn die den Reichtum besitzen zahlen nicht und schöpfen aus der Krise Nutzen.

Die Regierung ergreift immer weitere Maßnahmen, oft auch rückwirkend. Mehrmals verabschiedet die Regierung neue Gesetze durch das Kabinett durch „einen Akt gesetzgebenden Inhalts“. Danach werden sie vom Parlament ratifiziert.

Das Land verliert seine nationale Souveränität. Persönliche Rechte und Arbeitsrechte werden zerquetscht. Das Grundgesetz wird im Namen der Krise übertreten.

Die Regierung Papandreou ist gestürzt, aber es folgten keine Wahlen. Neuer Ministerpräsident des Landes ist, mit Unterstützung der zwei großen Parteien, ein nicht gewählter Banker geworden. Neue Verträge und Memoranden werden in Abwesenheit des Volkes und ohne dessen Willen unterzeichnet. Auf Grund einer Vereinbarung bei einem Spitzentreffen der EU vom 26.10.11 wurden ein neues Memorandum und der neue Schuldenvertrag mit noch härteren Sparmaßnahmen und Privatisierungen unterzeichnet.

Die IWF-Chefin und andere europäische Politiker versuchen mit ihren Erklärungen das Ergebnis der kommenden Wahlen zu beeinflussen. Sie geben uns deutliche Hinweise über die, die wir ihrer Meinung nach wählen sollten.

Die Regierung des Herrn Papadimos erlässt und unterzeichnet Gesetze mit dem Versuch jeden Widerstand zu ersticken, damit sie sicher ist, dass bis zu den Wahlen wir vor vollendeten Tatsachen stehen werden, gebunden unwiderruflich an Entscheidungen, die in unserer Abwesenheit getroffen wurden. Für nach den Wahlen wird ein neues Maßnahmen- und Kürzungenpaket in Höhe von bis zu 16 Milliarden vorbereitet.

Es ist für uns deutlich, dass sie nicht aufhören werden neue Maßnahmen zu treffen, wenn wir sie nicht durch unsere Kämpfe stoppen werden. So organisieren wir mit allen Arbeitnehmern des Landes und deren Gewerkschaften Streiks, Demonstrationen und Proteste sowie Gebäudebesetzungen. Die Regierung antwortet auf diese Art der Mobilisation mit Gewalt und autoritärem Gehabe und zögert nicht auf Bürger, Journalisten, sogar auf Senioren und Kinder einzuschlagen. Die Polizei reagiert sehr hart auf diese Proteste. Im Zentrum von Athen wurden von der Polizei Chemikalien und Gase eingesetzt. Wir sind entschlossen weiterzumachen.

In diesen drei Jahren ist dem griechischen Volk kein einziges Mal die Wahrheit gesagt worden. Kein einziges Mal hatte das Volk die Gelegenheit seinen Willen Ausdruck zu verleihen, Entscheidungen für seine Zukunft und für die Richtung seines Landes zu treffen. Die Veräußerung des öffentlichen Vermögens hat angefangen mit absolut undurchsichtigen Prozeduren.

Die Demokratie war niemals abwesender im Land ihres Ursprungs.

DIE NOTWENDIGKEIT VON KOORDINIERTEN KÄMPFEN IN EUROPA

Die Politik der Kürzungen im Sozialen Staat, in der Bildung, Gesundheit, Versicherung, Löhne und Pensionen ist eine Politik, die heute in allen Staaten von Europa und in der Welt im größeren oder kleineren Umfang betrieben wird.

Diese Politik opfert die Rechte und die Nöte der Arbeitnehmer und Völker, damit sich immer weniger Leute übermäßig bereichern können und es ist eine katastrophale Politik, die aufhören muss.

Sie wird aber nicht von selbst aufhören. Gemeinsame und gut koordinierte Kämpfe durch die Mehrheit der Arbeitnehmer, die durch die Politik leiden, sind notwendig.

Im Moment sind Griechenland, Portugal, Spanien und andere Länder ein großes Experiment. Sie sind nur der Anfang für die Entwurzelung der Errungenschaften der Völker.

Eigentlich müssen wir über die Abschaffung der Demokratie sprechen, denn diese harten Maßnahmen werden in Abwesenheit der Völker und gegen sie getroffen.

Denn in einer echten Demokratie funktioniert der Staat zum Nutzen der Mehrheit, unterstützt die Schwachen und stützt sich nicht auf eine Gruppe von Reichen, die immer mehr Vermögen anhäufen.

Was sollen wir tun?

- Entwicklung der Solidaritätsvernetzung zwischen den Gewerkschaften, der Jugend, den Sozialbewegungen
- Entwicklung von Informationsnetzen durch Nutzung auch des Internets
- Gemeinsame Aktionen z.B. für das Bildungswesen getragen gemeinsam durch Lehrer, Eltern, Schüler
- Lokale und nationale Aktionen (Proteste, Gebäudebesetzungen, Streiks, Informationskampagnen)
- Gemeinsame Aktionstage in mehreren Ländern
- Solidaritätsbezeugungen auf vielfältige Art und Weise
- Die Propaganda der Medien aufdecken, die über „faule“ Arbeitnehmer berichten.

Wir brauchen koordinierte große und kleine tägliche Kämpfe.

Wir brauchen den Ausbau der Solidarität unter den Arbeitnehmern, unter den Völkern.

Diese Politik ist keine Einbahnstraße.

Diese Politik ist nicht unbesiegbar.

Wir können sie umstoßen.

Die Schulden sind nicht durch die Arbeitnehmer, sondern durch das Kapital, die großen Unternehmen, die Banken und die ihnen dienenden Politiker entstanden.

Mit unserem gemeinsamen Kampf können wir die neoliberale Politik in Europa umstürzen. Wir glauben, dass wir, die Arbeitnehmer, siegen werden.

Alle zusammen für ein anderes Europa.

Wir können es.